

**Datum:** 6. Oktober 2010  
**Anlass:** Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 84. Plenarsitzung  
**Quelle:** Auszug aus dem Plenarprotokoll 16/84 des Nds. Landtages

**Thema:** **Bildungspaket für Kinder und gerechte Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger - Fehler von Rot-Grün ausräumen!** - Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2908 des Nds. Landtages

**Heidmarie Mundlos (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze zieht die jetzige Bundesregierung einen Schlussstrich unter die verfassungswidrige Gesetzgebung von SPD und Grünen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine CDU-FDP-Koalition repariert, was Rot-Grün verbockt hat. Jetzt wird wieder Verfassungskonformität hergestellt.

(Uwe Schwarz [SPD]: Von wegen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Zum Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Februar rufe ich Folgendes in Erinnerung:  
Erstens. Das Gericht hat die Willkür bei der Festlegung des Existenzminimums gerügt. Diese Will-kür - *Ihre* Willkür! - ist mit dem Grundrecht auf Schutz der Menschenwürde nicht vereinbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb hat das Gericht gesagt: Analysiert das Ganze. Legt die Berechnungskriterien transparent und nachvollziehbar dar. - Das Gericht hat aber nicht gefordert: Gebt mehr Geld, weil man von dem, was bisher gegeben wird, nicht leben kann. - Das hat das Gericht nicht gesagt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

Hier betreiben Sie und andere bewusst Urteilsverklärung.

Zweitens. Richtig ist: Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, mehr Geld für zusätzliche Bildung von Kindern und deren soziale Teilhabe - also zielgerichtet - einzusetzen. Genau das geschieht jetzt vorbildlich. Sie hingegen hatten das überhaupt nicht auf dem Schirm.

(Beifall bei der CDU)

Zum ersten Mal wird die Zusammensetzung der Regelsätze transparent gestaltet. Es gibt objektive Grundsätze zur Berechnung. Zu diesem Zweck wurden über Monate Daten erhoben und ausgewertet. Jetzt werden die Ergebnisse dargelegt. Sie aber blenden wissentlich Fakten aus und schüren Ängste.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Die Verfassungsrichter hatten daran Anstoß genommen, dass die Grundsicherung an die Entwicklung der Renten gekoppelt wurde. Das ist auch etwas, was Sie eingetütet hatten. Künftig nun werden zu 30 % die durchschnittliche Lohnentwicklung und zu 70 % die Preisentwicklung zugrunde gelegt. Das wird vermutlich bereits Mitte 2011 zu einer weiteren Anpassung führen, und die Regelsätze werden dann auch weiter nach oben gehen.

(Kurt Herzog [LINKE]: Sie werden nicht einmal die Inflation ausgleichen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Fakt ist außerdem: Neben den Regelsätzen werden Langzeitarbeitslosen zusätzlich die Kosten der Unterkunft, also für Wohnen und Heizung, erstattet. Bund und Kommunen geben dafür jährlich 14,5 Milliarden Euro aus. Aber auch das blenden Sie völlig aus.

Außerdem übernimmt der Bund Pflege- und Krankenkassenbeiträge. Aber auch das verschweigen Sie in den Diskussionen.

Hier werden durchschnittlich 163 Euro pro Monat für jeden Hartz-IV-Empfänger gegeben. Ferner gibt es im Einzelfall Mehrbedarfe. Auch das verschweigen Sie.

(Beifall bei der CDU)

Die Höhe der unterstützenden Gesamtleistungen muss man aber nicht nur den Beziehern, sondern vielmehr auch denjenigen erklären, die dieses Geld aufbringen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch das wird von Ihnen ausgeblendet.

Das Wichtigste ist das weitsichtige Bildungspaket. 620 Millionen Euro an Investitionen für zusätzliche Bildung. Das stärkt Entwicklungschancen, Teilhabechancen und Zukunftschancen. Es geht um Mittagessen. Es geht um Schulmaterial, Klassenfahrten, Sport und kulturelle Teilhabe - alles Aspekte, die Sie bei der Einführung von Hartz IV völlig ausgeblendet haben.

(Beifall bei der CDU)

Zur Umsetzung muss gesagt werden: Natürlich ist es so, dass das Geld bei den Kindern ankommen muss. Eltern müssen wissen, wie sie dazu ihren Beitrag leisten können. Unsere Gesellschaft braucht jedes Kind, braucht jeden Erwachsenen, der sich einbringen will.

Fazit: Wir stellen Verfassungskonformität her. Wir investieren in zusätzliche Bildung. Sie reden - wir handeln. Sie drohen mit Blockade - wir denken an die Zukunft unserer Kinder. Sie reden von sozialer Gerechtigkeit - wir arbeiten daran.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Kommen Sie aus Ihrer Ecke heraus, blicken Sie nach vorn, und lassen Sie uns endlich gemeinsam die Probleme lösen! Wenn Sie diese Gemeinsamkeit aus parteipolitischer Taktiererei heraus nicht hinkriegen, dann lassen Sie *uns* wenigstens *unsere* Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)